

# **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 17.02.2004**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18.37 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Monika Hoffmann

ANWESENDE:

## **SPD**

Ratsherr Jürgen Heinks  
Beigeordneter Horst Jahnke  
Ratsherr Bernd Kalkkuhl  
Beigeordneter Bernd Bornemann für Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze  
Beigeordneter Johann Südhoff

## **CDU**

Ratsherr Hinrich Odinga für Ratsherrn Reinhard Hegewald  
Ratsfrau Monika Hoffmann  
Beigeordneter Heinz Werner H.W. Janßen

## **FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Beigeordneter Erich Bolinius  
Ratsherr Roland Riese

## **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

## **von der Verwaltung**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann  
Erster Stadtrat Jan Röttgers  
Stadtrat Martin Lutz  
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt  
Stadtoberamtsrat Dieter Denkmann  
Stadtamtfrau Beate Stomberg  
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführerin

## **Gäste**

4 Zuschauer  
2 Vertreter der örtlichen Presse

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Hoffmann** begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 17.02.2004**

---

### **Punkt : 2**      Feststellung der Tagesordnung

Die Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 12.02.2004 liegt nicht vor. Aus diesem Grunde entfällt der Tagesordnungspunkt 3 „Genehmigung der Niederschrift“. Die Tagesordnung wird dahingehend geändert.

### **Punkt : 4**      Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

## B E S C H L U S S V O R L A G E N

### **Punkt : 5**      Vorlage 14/875-01 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004

**Herr Lutz** bittet zunächst darum, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 gemeinsam zu behandeln.

Weiter führt er aus, in dem vorliegenden Beschlussvorschlag seien leichte Änderungen vorgenommen worden. So habe man Ende des letzten Jahres einen Zuschussbescheid erhalten für das Programm LOS, welches für Barenburg vorgesehen sei. Diese Bundesmittel müsse man im Haushalt kenntlich machen. Im Bereich des Vermögenshaushaltes erinnert er an den Nachtrag von 2003. Es sei zwischen dem Landkreis Aurich und der Stadt Emden zu klären gewesen, in welchem Haushalt die Borssumer Schleuse tatsächlich durchgeführt werde. Man habe sich auf die Stadt Emden geeinigt. Es werde in den Jahren 2004 und 2005 zu einer deutlichen Erhöhung der Ausgaben in diesem Bereich kommen. Allerdings seien diese ausgeglichen, da man den eigenen Teil schon im Nachtrag 2003 eingesetzt habe. Er weist darauf hin, dass man für das Budgetbuch als solches und für die Investitionen einen besonderen Beschluss fassen müsse.

Herr Lutz erläutert die vor Beginn der Sitzung verteilte Liste der Änderungsvorschläge der Fraktionen im Vermögenshaushalt im einzelnen.

Die Planungskosten Anbau JAG in Höhe von 50.000 € seien im Schulausschuss so beschlossen worden. Er erklärt, dass man durch die Durchführung dieser Maßnahme eine erhebliche Mehrbelastung im Haushalt haben werde, die ohne Erhöhung der Nettoneuverschuldung nicht zu schaffen sei.

Für die Einrichtung Bunker Geibelstraße sei in 2004 ein Betrag in Höhe von 100.000 € vorgesehen. Bei der von den Fraktionen vorgeschlagenen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 80.000 € müsse er darauf hinweisen, dass dieses nur gehe, wenn ein Haushaltsansatz in gleicher Höhe im Folgejahr vorhanden sei. Für das Jahr 2005 habe man keine Deckungsvorschläge, so dass die Nettoneuverschuldung um 80.000 € steigen werde.

Der Neubau Ortsfeuerwehr Larrelt sei im Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice einstimmig empfohlen worden. Zu den zur Verfügung gestellten Mitteln ab 2005 und 2006 müsse man eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2004 hineinbringen, so dass man in der Lage sei, dieses Bauvorhaben vorzuziehen. Da die Schlussrechnung Widdelswehr/Petkum noch nicht vorliege, müsse man Mittel aus der Baumaßnahme der Ortsfeuerwehr übertragen.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 17.02.2004**

---

Weiterhin sei beantragt worden, die Zuschüsse für Sportvereine für Investitionen um 25.000 € zu erhöhen. Herr Lutz verweist in diesem Zusammenhang auch auf die letzte Sitzung des Sportausschusses.

Die Fraktionen hätten beantragt, dem Mühlenverein anlässlich seines diesjährigen Jubiläums 5.000 € und für den Logger 10.000 € zur Verfügung zu stellen.

Ferner liege ein Antrag des Bauvereins Neue Kirche über 15.000 € vor. Die Fraktionen hätten sich verständigt, hier 10.000 € in den Haushalt einzubringen.

Für die Gestaltung des Geländes am alten Hafen Petkum werde von den Fraktionen eine Summe von 100.000 € vorgeschlagen.

Bei dem Radwegeprogramm sei beantragt worden, die Investitionsplanung jährlich fortzuschreiben. Herr Lutz weist darauf hin, man habe die Investitionsplanung für die Folgejahre nicht mit 100.000 € bedacht, sondern mit 0 €. Das würde bedeuten, die Nettoneuverschuldung erhöhe sich dann in den Folgejahren.

Herr Lutz erläutert, da der Jahresabschluss 2003 noch nicht ganz fertig sei, werde auch der zeitliche Ablauf in diesem Jahr etwas schwierig. Man könne noch nicht sagen, wo ggf. Überschüsse vorhanden seien.

Nun erläutert Herr Lutz die Änderungsvorschläge der Fraktionen im Verwaltungshaushalt.

Bei dem Antrag Projektkosten „Zwangsarbeiter in Emden“ halte er es für sinnvoll, wenn sich ein Verein finden lassen würde, der hier tätig werden und den Zuschuss in Höhe von 20.000 € erhalten könnte.

Die Fraktionen hätten gefordert, dem Stadtsportbund für Übungsleiter und für den Ausbau von Sportanlagen jeweils 30.000 € zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Die Bekämpfung der Kinderarmut habe man mit 5.000 € als Anschubfinanzierung aufgenommen.

Für das Projekt „Jugendforum“ liege ein Antrag über 5.000 € aller Fraktionen vor. Außerdem sollen 5.000 € an die Volkshochschule für die Anschaffung von Kinder- und Jugendbücher eingestellt werden.

Herr Lutz ergänzt, beim Verwaltungshaushalt habe man größere Probleme, einen Deckungsvorschlag zu unterbreiten, da die Sachkosten relativ eng geschnitten seien.

Daher würde die Verwaltung nun vorschlagen, diese Haushaltsstellen einzurichten und jeweils zunächst mit 0 € zu belegen. Er sichere hier zu, bis Mitte des Jahres diese Haushaltsstellen mit der gewünschten Haushaltsposition aufzufüllen.

**Herr Brinkmann** erklärt, der Vorschlag von Herrn Lutz finde seine volle Unterstützung und er bitte darum, diesen Weg mitzugehen. Er weist jedoch auf zwei Punkte hin. Man könne die Positionen Kinderarmut und Projektkosten Jugendforum nur als einen Anstoß sehen. Zum anderen möchte er noch das von Herrn Lutz Gesagte unterstreichen. Man könne nicht mit 20.000 € die Geschichte der Zwangsarbeiter aufarbeiten. Es werde eine Initiative gebraucht, ähnlich wie man sie bei dem Verein ehemaliger Emdener Juden gehabt habe.

**Frau Hoffmann** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 17.02.2004**

---

**Herr Jahnke** stellt fest, er könne diesen Weg mitgehen. Entscheidend sei jedoch, dass die Vorschläge der Fraktionen auch umgesetzt würden. Den vier Fraktionen sei bewusst, dass man eine sehr schwierige Haushaltssituation 2004 habe. Deshalb sei man auch sehr besonnen an die Änderungen zum laufenden Haushalt herangegangen, um nicht in eine übermäßige Neuverschuldung hineinzugehen.

Er lege aber großen Wert darauf, dass der gemeinsame Änderungsantrag der SPD und FDP „Bereitstellung von Mitteln zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Emden“ mit aufgenommen werde. Viele junge Menschen hätten in 2003 keinen Ausbildungsplatz gefunden, seien lediglich in ausbildungsähnliche Verhältnisse überführt worden und drängten 2004 wieder auf den Markt. Man habe sich mit der FDP verständigt, hierfür 90.000 € im Haushalt anzusetzen, diese aber zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen, da die Entscheidung auf Bundesebene noch fehle. Man wolle zumindest ein Signal setzen.

**Herr Brinkmann** rät von einer solchen Position im Haushalt ab. Er sehe zwar das Problem, sei aber der Ansicht, dass dieses ein falsches Signal wäre. Man möge sich erst im Laufe des Jahres gemeinsam beraten und wenn die Mehrheit zu dem Ergebnis käme, es sei notwendig, dann werde es umgesetzt, nicht aber zu Beginn eines Jahres. Er bittet darum, sich die Angelegenheit noch einmal zu überlegen, damit auch die richtigen Ausbildungsstellen bezuschusst werden können und die Gelder nicht wie durch ein Sieb verteilt werden.

**Herr H.W. Janßen** erklärt, er habe sehr wohl die schwierige wirtschaftliche Lage erkannt, er befürworte allerdings die Aufnahme eines Ansatzes in den Haushalt nicht, da es keine vorrangig städtische Aufgabe sei. Vielmehr solle man die Gelder in die Unterstützung von klein- und mittelständischen Unternehmen stecken. Er erkundigt sich, ob im Haushalt ein Zuschuss für diese Unternehmen geplant sei.

**Herr Lutz** entgegnet, die Zuschussmittel für klein- und mittelständische Unternehmen habe man im Vermögenshaushalt des Fachbereichs 300 auf Null gesetzt. Man habe sich geeinigt, dass man versuchen wolle, im Laufe des Jahres eine entsprechende Regelung zu finden. Er halte es für sinnvoller, Investitionskosten für die Errichtung eines bestimmten Arbeits- oder Ausbildungsplatzes zur Verfügung zu stellen.

**Herr Renken** ist der Ansicht, bis auf die Erhöhung der Neuverschuldung könne er mit dem Budgetbuch 2004 sehr zufrieden sein. Er verlasse sich auf die Aussagen, die gemacht wurden und darauf, dass bestimmte Projekte im Laufe des Jahre gefördert werden. Man könne sich nicht leisten, die Projektkosten Jugendforum weiter schleifen zu lassen. Auch gab es schon einmal Vertragsverhandlung mit der Volkshochschule über eine weitere Ausstattung, die dann zurückgezogen worden sei.

Zum Thema Ausbildungsplatzprogramm schließt Herr Renken sich Herrn Brinkmann an und erklärt weiter, der richtige Ansatz sei, dass diejenigen Unternehmen Abgaben bezahlen sollten, die nicht ausbilden würden. Dieses Geld solle dann anderen Unternehmen zugute kommen.

**Herr Bolinius** erklärt, Herr Jahnke habe die Punkte bereits erläutert. Auch er schließe sich der Meinung des Oberbürgermeisters an und verlasse sich darauf.

Zum Thema Zwangsarbeiter berichtet Herr Bolinius von einem Projekt in Oldenburg. Dort sei ein Verein gegründet worden, der dort das Thema aufarbeite und der innerhalb von wenigen Wochen ganz problemlos einen Zuschuss bekommen habe. So stelle er sich das auch für Emden vor.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 17.02.2004**

---

Bezüglich des Ausbildungsplatzprogramms erklärt Herr Bolinius, man wolle nicht die Unternehmen bezuschussen, die bisher ausgebildet haben. Es gehe ganz klar um zusätzliche Ausbildungsplätze. Sicherlich sei das ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber man wolle damit ein Zeichen setzen.

Herr Bolinius fordert die Abschaffung der Fachbereichsebene und die Umwandlung des Fachdienstes Wirtschaftsförderung in eine GmbH. Er habe dieses schon vor Jahren verlangt. Seines Erachtens wäre jetzt die Zeit dafür.

Mit dem Anbau JAG sei er nicht einverstanden, da dadurch die Nettoneuverschuldung erhöht werde. Er sehe nicht die Notwendigkeit dieses Anbaus. Weiterhin regt Herr Bolinius eine verstärkte Prüfung der Sozialhilfeempfänger an, ohne dabei zusätzliches Personal einzustellen.

**Herr Lutz** nimmt zu den Aussagen von Herrn Renken Stellung und entgegnet, dass man sich mit dem Vorstand der Volkshochschule jährlich abstimme, ob die Beträge ausreichend seien. Es werden jährlich 20.000 € für die Bücherei ausgegeben, um den Bestand zu verändern. Von daher wäre die Stadtbücherei auch gar nicht so schlecht ausgestattet. Er verweist auf den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Volkshochschule.

Herr Lutz bezieht sich auf den Vorschlag von Herrn Bolinius und erklärt, zwei Vollzeitkräfte seien zurzeit damit beschäftigt, die Sozialhilfeempfänger zu überprüfen. Man könne sich vorstellen, dass nach Inkrafttreten von Hartz IV gerade auch im Bereich des Wohngeldes ein verstärktes Beratungs- und Kontrollangebot sinnvoll wäre. Für das Haushaltsjahr 2004 mit der bestehenden Rechtslage halte er es nicht für angebracht, noch mehr Verwaltungsaufwand hineinzustecken.

Weiterhin erklärt Herr Lutz, bezüglich der Ausbildungsabgabe widerstrebe es ihm, Unternehmen, die bisher nicht im Rahmen ihrer Kapazität ausgebildet hätten, mit Geldern zu belohnen.

**Herr Jahnke** entgegnet, er könne dieses nicht nachvollziehen und es käme doch der Stadt am Ende viel teurer, wenn die nicht ausgebildeten Jugendlichen schließlich Sozialhilfe beantragen würden. Er könne sich jedoch damit einverstanden erklären, wenn man im Laufe des Jahres ein gezieltes Projekt schaffen würde, was selbstverständlich nur auf klein- und mittelständische Unternehmen ausgerichtet sein sollte.

Er begrüßt den Vorschlag, die Geschichte der Zwangsarbeiter mit einem Verein aufarbeiten zu lassen. Mit den im Haushalt veranschlagten 20.000 € habe man eine vernünftige Lösung gefunden, mit der man die Angelegenheit aufbauen könne.

Herr Jahnke hält den Vorschlag, die Wirtschaftsförderung in eine GmbH einzugliedern, durchaus für überlegenswert. Es sollte Ziel sein, dieses auch mittelfristig zu verwirklichen.

**Herr Renken** erklärt, bei dem beschlossenen Modell der Emdener Schulstruktur sei er auf Dauer nicht damit einverstanden, eine zweite Außenstelle des JAG zu haben. Er bleibe bei seiner Auffassung, den Anbau gemeinsam mit der CDU und der SPD zu unterstützen und sei auch bereit, Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

Im Anschluss erfolgt eine heftige Diskussion zwischen den Herren Renken und Bolinius zu den Themen Nettoneuverschuldung und Zwangsarbeiter.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 17.02.2004**

---

**Herr Brinkmann** führt aus, zum Schutz seiner Mitarbeiter könne er hier die Abschaffung der Fachbereichsleiterenebene nicht stehen lassen. Wenn man die Quartals- und Jahresberichte lese, stelle man fest, welche hervorragende Arbeit – gerade auch in den Bereichen Soziales und Wirtschaftsförderung – geleistet werde. Was den Fachbereich Wirtschaftsförderung angehe, habe nun der Bürger zum ersten Mal eine Anlaufstelle, um Fragen gebündelt klären zu können. Bei einer GmbH wäre dieses nicht mehr möglich, da diese keine hoheitlichen Aufgaben ausführen könne.

Zum Thema Ausbildungsabgabe erklärt Herr Brinkmann, viele junge Menschen seien heute nicht mehr ausbildungsfähig. Man müsse bei den Kleinsten im Kindergarten anfangen und Sprachförderung betreiben, damit man über die Kinder an die Eltern herankäme. Das sei die Richtung, damit man die Kinder so ausbilden könne, dass sie eines Tages dem Arbeitsmarkt vernünftig zur Verfügung stehen würden. Ausbildung sei viel mehr, als was man hier diskutiere.

**Herr H.W. Janßen** erkundigt sich zu der Gegenfinanzierung der EU-Zuschüsse für klein- und mittelständische Unternehmen.

**Herr Lutz** entgegnet, die Co-Finanzierung zu den EU-Mitteln sei nicht im Haushalt dargestellt. Nach Rücksprache mit den Herren de La Lanne und van Ellen wolle man aber versuchen, im laufenden Haushaltsjahr die Mittel zur Verfügung zu stellen.

**Herr Jahnke** weist nochmals darauf hin, wer nun von leerstehenden Schulräumen spreche, der rede über das Jahr 2011/2012. So laute eine Prognose. Es könne wohl keine Perspektive sein, dass die Schüler bis zum Jahr 2011 auf zwei oder drei Außenstellen im Stadtgebiet verteilt würden. Das könne keine dauerhafte Lösung sein. Deswegen hätten die drei Fraktionen CDU, Grüne und SPD darauf gedrängt, dass hier nicht nur ein Ansatz im Haushalt gemacht werde, sondern, dass der Anbau nach Möglichkeit in 2005 fertig gestellt werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Frau Hoffmann nun über die Vorlage 875/1 ohne die Punkte „Anbau JAG“ und „Ausbildungsplatzförderung“ abstimmen.

Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004.

**Ergebnis:** einstimmig

Im Anschluss daran lässt Frau Hoffmann über den Punkt „Anbau JAG“ abstimmen.

Dafür: 010  
Dagegen: 003  
Enthalt.: 000

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 17.02.2004**

---

Danach wird über den Punkt „Ausbildungsplatzzulage“ abgestimmt.

Dafür: 009  
Dagegen: 004  
Enthalt.: 000

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

**Punkt : 6** Vorlage 14/877-01  
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2007

Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2007.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 7** Vorlage 14/879-00  
Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004

Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004

im Verwaltungshaushalt  
in Einnahmen und Ausgaben mit je 441.100 EURO

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 8** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Lutz** gibt bekannt, die Bezirksregierung habe die neue Emdener Schulstrukturreform geprüft und an das Kultusministerium weitergeleitet. Von dort erwarte man nun schnellstmöglich eine Entscheidung.

**Punkt : 9** Anfragen

**Herr Bolinius** erkundigt sich nach der Höhe der Kosten eines möglichen Bürgerbegehrens zur Schulstrukturreform.

**Herr Brinkmann** entgegnet, es hänge davon ab, ob dieses Bürgerbegehren zusammen mit der Europawahl durchgeführt werden könne.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 17.02.2004**

---

**Herr Lutz** ergänzt, die Sachkosten für die Europawahl finde man auf Seite 265 im Budgetbuch. Personalkosten seien allerdings in dieser Haushaltsstelle nicht enthalten.

**Herr Riese** hat noch eine Verständnisfrage zum letzten Ausschuss an Herrn Lutz in Bezug auf die zu erwartenden Zuweisungen aus dem Finanzausgleich an die Stadt Emden.

**Herr Lutz** erklärt, er habe die Probeberechnung nicht persönlich gemacht. Er gehe aber davon aus, dass die Berechnung durch seine Mitarbeiter korrekt durchgeführt worden sei.

*Anmerkung der Protokollführung:*

*Die Anfrage von Herr Riese ist zwischenzeitlich von Herrn Lutz an alle Fraktionen beantwortet worden.*

**Frau Hoffmann** schließt die Sitzung um 18.37 Uhr.